

Das Forum Atzelsberg möchte mit der heutigen Veranstaltung eine erste Themenreihe starten, mit dem Motto:

Orientierung in der Krise

Die Themenreihe soll sich in Fachforen den Hintergründen und Auswirkungen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise widmen und mit jeder Veranstaltung ein Thesenpapier mit Leitlinien zur Orientierung bei den vielfältigen Entscheidungen des Alltags erarbeiten.

Die Auftaktveranstaltung spannt den Rahmen für diese Themenreihe. Folgeveranstaltungen finden jeweils am ersten Donnerstag aller geraden Monate (außerhalb von Schulferien) statt (1. Oktober 2009, 3. Dezember 2009, 4. Februar 2010, 1. April 2010, 3. Juni 2010).

Orientierung in der Krise: Die Krise ist hausgemacht und kein Betriebsunfall.

Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise steht in einer Reihe von krisenhaften Entwicklungen mit global und national tiefgreifenden Auswirkungen: Klimakatastrophe, Demografische Entwicklung, Rentenkrise, Schuldenkrise usw.. Letztlich lebt unsere von materiellem Wohlstand geprägte Gesellschaft seit einigen Jahrzehnten über ihre Verhältnisse. Die Krise ist Indiz für den Korrekturbedarf.

Wohlstand für alle, aber auch Maßhalten, Selbstbeschränkung und Verantwortungsbewusstsein in Wirtschaft und Gesellschaft waren und sind im Geist von Ludwig Erhard die Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft. Der ordnungspolitische Rahmen unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ist nicht nur bei der Finanzmarktregulierung aus den Fugen geraten, sondern an vielen Stellen des täglichen Lebens und Wirtschaftens. Die Krise ist daher auch eine Chance, diese ordnungspolitische Schiefelage zu korrigieren. Deutschland und Europa kommt mit ihrer historischen und christlichen Tradition in besonderer Weise eine vermittelnde Rolle zwischen den globalen Kraftpolen Asien und Amerika zu. Diese vermittelnde Rolle sollten Deutschland und seine gesellschaftlichen Eliten mit klaren ordnungspolitischen Positionen im Geist Ludwigs Erhards einnehmen.

1. Globalisierung und Regulierung müssen Hand in Hand gehen.

Die Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht allein ökonomisch von großem Nutzen, sondern fördert auch in entscheidendem Maß die persönliche Freiheit und Freizügigkeit des Einzelnen sowie die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung vor allem in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Globalisierung ist daher unverzichtbar, bedarf allerdings eines klaren und bisher an vielen Stellen fehlenden ordnungspolitischen Rahmens. Dies gilt nicht allein für die Regulierung der Finanzmärkte, sondern insbesondere auch für die Standardsetzung bei der Einhaltung von Menschenrechten, beim Natur- und Umweltschutz, bei Eigentums- und Wettbewerbsrechten, bei internationalen Bilanzierungsmethoden und bei Fragen der guten Unternehmens- und Staatsführung.

Die Setzung ordnungspolitischer Standards ist eine politische Aufgabe, die auch international der Legitimation nach demokratischen Prinzipien bedarf. Die weitere institutionelle Entwicklung der Europäischen Union könnte ein Vorbild für die Vereinten Nationen und die Staatsführung in Schwellen- und Entwicklungsländern sein. Gerade in Ordnungsfragen der Wirtschaft (z.B. Bilanz-, Gesellschafts- und Wettbewerbsrecht) mit ihrer fundamentalen Wirkung für Wirtschaft und Gesellschaft müssen ethische Prinzipien durch demokratisch legitimierte und unabhängige Parlamente gewahrt werden.

2. Eigenverantwortung und Entbürokratisierung bedingen einander.

Der Staat gerät nicht nur in der aktuellen Krise, sondern bereits seit Jahren an seine finanziellen und ethischen Leistungsgrenzen. Die persönliche Freiheit wird heute auch durch die Tendenz zum Versorgungs- und Überwachungsstaat gefährdet. Politik und Staatsführung müssen im Rahmen der Selbstbeschränkung die Eigenverantwortung der Menschen stärken und vor allem subsidiäre gesellschaftliche Solidarstrukturen in Familien, Unternehmen, Kirchen und Kommunen fördern. Eine grundlegende Modernisierung der Sozialversicherungssysteme und anderer Instrumente des sozialen Wohlfahrtsstaates sind in diesem Zusammenhang unerlässlich.

Die persönliche und unternehmerische Freiheit wird heute durch überflüssige bürokratische Regelungen und Elemente falsch verstandener Ordnungspolitik beschränkt. Bürokratieabbau und die Stärkung der unternehmerischen Verantwortung sind ein entscheidender Beitrag zur Förderung verantwortungsbewusster Unternehmensführung und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit. Felder der Modernisierung sind Genehmigungsvorschriften, das Steuer- und Abgabenrecht, die Arbeitsmarktregulierung, Mitbestimmungsregeln und die Regeln der Unternehmensführung durch Aufsichtsräte und Geschäftsführungen. Staatliche Eingriffe sollten sich auf nachvollziehbare und praktikable Regeln konzentrieren. Die Durchsetzung dysfunktionaler und schwer verständlicher Regelungen mithilfe des Ordnungs- und Strafrechts führt dagegen zu einer Kriminalisierung weiter Teile der Bevölkerung und zur fortschreitenden Erosion des Unrechtsbewusstseins in Wirtschaft und Gesellschaft.

3. Wertorientierung und Beständigkeit kommen nicht von selbst.

Die in der aktuellen Krise vielfach beklagte materielle Gier und das Fehlverhalten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Eliten sind weniger die Folge von moralischen Defiziten einzelner Persönlichkeiten, als das Ergebnis (reformfähiger und reformbedürftiger) gesellschaftlicher und bürokratischer Strukturen. Die Eingriffe staatlicher und zunehmend nicht staatlicher Normsetzung in persönliche und unternehmerische Freiheitsrechte führen zu Fehlanreizen und fördern die Erosion von Erfolgsverständnis, Leistungswillen, Unrechts- und Verantwortungsbewusstsein. Erfolg definiert sich in zu vielen Fällen durch die geschickte Umgehung oder Nutzung dysfunktionaler Normen als durch persönliche oder unternehmerische Leistung. Beispiele sind untaugliche Steuervorschriften und ein prozyklisches Bilanzrecht, die kaufmännische Vorsicht und nachhaltiges Wirtschaften behindern statt fördern.

Staatliche und vor allem auch nicht staatliche Normen dienen oft auch Lobbyinteressen und dem Selbsterhaltungstrieb bürokratischer Strukturen. Demokratische Parlamente sind daher gefordert, das Gemeinwohl durchzusetzen und die Freiheit von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmern zu bewahren. Freiheit, Risiko und Verantwortung des Einzelnen stärken Verantwortungsbewusstsein und moralische Prinzipien.

4. Nachhaltigkeit und Selbstbeschränkung sind das Gebot der Stunde.

Staatliche Selbstbeschränkung zielt nicht allein auf die Wiederherstellung der moralischen Integrität von Gesellschaft und Wirtschaft, sondern auch auf den Respekt vor der ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit. Der (National-) Staat kann weder alle Probleme lösen noch effektive Strukturen und Technologien entwickeln, um Natur und Wohlstand dauerhaft zu erhalten.

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfordert die Koordination globaler Entwicklungen, die Stärkung unternehmerischer und gesellschaftlicher Solidarstrukturen sowie die Förderung moderner Technologien, auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. Nationale und supranationale Organisationen können die notwendigen Entwicklungen moderieren, aber nicht gegen die Interessen von Menschen und Völkern erzwingen. Die Senkung des Staatsanteils und damit der Steuer- und Abgabenlast ist eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Trendumkehr bei unserem Staats- und Gesellschaftsverständnis. Gleichzeitig müssen Wege gefunden werden, um die expliziten und vor allem die impliziten Schuldenberge in staatlichen Schattenhaushalten, Pensions- und Sozialversicherungssystemen im Interesse nachfolgender Generationen zu begrenzen.

Soll die Entwicklung im beginnenden 21. Jahrhundert im Rahmen noch verträglicher Inflationsraten, ohne globale Konflikte und ohne weitere Umweltzerstörung verlaufen, sind Selbstbeschränkung und Demut wichtige Tugenden. Meinungsführer in Politik und Gesellschaft müssen an einem Stimmungswandel der Bevölkerung arbeiten statt immer neue Bedürfnisse zu wecken.

5. Innovation, Bildung und Internationalisierung sind der Schlüssel zur Zukunft.

Die Zukunft unserer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen hängt von der Innovationskraft, dem Bildungsstand und der Bevölkerungsentwicklung in unserer Heimat ab. Die Förderung von Innovationen in Wissenschaft, Unternehmen und Gesellschaft ist daher ein wichtiger Schlüssel zur Sicherung unseres Wohlstands und zur Erhaltung von Natur und Umwelt. Dies setzt eine leistungswillige und offene Gesellschaft voraus, die Veränderung und Migration als Chance und nicht als Bedrohung begreift. Die Bildungseinrichtungen, insbesondere Kindergärten, Schulen und Hochschulen müssen daher die christliche, humanistische und liberale Tradition unserer Heimat bewahren und gleichzeitig Weltoffenheit und Konkurrenzfähigkeit fördern.